

1776/J XXI.GP
Eingelangt am: 18. 01. 2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Heinzl
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Sicherheit der Schulkinder

Die Budgetkürzungen durch die FPÖVP - Koalition im Bereich des Innenministeriums hat Bundesminister Strasser dazu verwendet, um die Finanzierung von Zivildienern für die Sicherung der Schulwege zu streichen.

Die Bundespolizeidirektion St. Pölten hat nun allen Pflichtschulen St. Pöltens mitgeteilt, dass die Sicherung der Schulwege nicht mehr gewährleistet werden kann.

Dies ist das erste Eingeständnis des Innenministeriums, dass mit den von der blau/schwarzen Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mitteln die innere Sicherheit in Österreich nicht mehr wie bisher aufrecht gehalten werden kann.

Gerade in der Frühverkehrsspitze besteht vor allen Schulen erhöhte Gefahr für die schwächsten Verkehrsteilnehmer, die Kinder. Auch in den Siedlungsgebieten, in denen der Verkehr temporeduziert geführt wird, besteht gerade morgens durch das erhöhte Verkehrsaufkommen große Gefahr für Schulkinder.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Stimmt es, dass die Bundespolizeidirektion St. Pölten die Sicherung der Schulwege nicht mehr wie bisher gewährleisten kann?
2. Stimmt es, dass dieser Umstand auf Personalmangel wegen Budgetkürzungen im Bereich der Bundespolizeidirektion zurückzuführen ist?

3. Stimmt es, dass die Schulwegsicherung durch Zivildienstler billiger ist als durch reguläres Polizei - oder Gendarmeriepersonal?
4. Werden Sie unverzüglich die Geldmittel bereitstellen, um die Schulwegsicherung wie bisher aufrecht zu erhalten?
5. Wenn durch unzureichende Schulwegsicherung aufgrund von Personalmangel Kinder zu Schaden kommen, werden Sie sich dann dafür verantwortlich fühlen?
6. Warum nehmen Sie Abstriche bei der Sicherheit der Schulkinder im Zuge der Budgetkonsolidierung in Kauf?